

doch war weitgehend unklar, wie diese Eingliederung im Detail zu gestalten sein würde. Konzeptionelle Vorarbeiten dafür lagen in den ersten Wochen nach dem Referendum nicht vor. Auf der Fachebene innerhalb und teilweise auch in gemeinsamer Arbeit zwischen den Ministerien wurde unmittelbar nach dem 23. Oktober vor allem die Frage diskutiert, welche Rückwirkungen auf die Wirtschafts- und Außenhandelspolitik von der Eingliederung zu erwarten seien. Auf Regierungsebene und in Zusammenarbeit mit dem Bundestag wurden Planspiele dazu entwickelt, in welcher Form das Saarland überhaupt eingegliedert werden sollte und wie dieser Prozess gestaltet werden könne. Aufmerksamkeit widmete man vor allem jenen Fragen, die vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Verhandlungen mit Frankreich als besonders strittig galten. Dabei wurden auch erste Verhandlungspositionen skizziert – so zum Beispiel eine grundsätzliche Diskussionsbereitschaft in der Frage der Moselkanalisierung. Im Vordergrund standen aber hauptsächlich die Deeskalation des Konfliktes mit Frankreich und der Versuch, neue Reibungs- und Zeitverluste auf internationaler Ebene nach Möglichkeit zu verhindern.

Die von der Bundesregierung bei den Gesprächen in Luxemburg eingeschlagene Verhandlungstaktik resultierte letztlich aus dem Zusammenspiel bisweilen sehr unterschiedlicher Zielsetzungen und Strategien. Eine unmittelbare Beteiligung saarländischer Vertreter lehnte Bonn von Anfang an ab – nicht nur, weil Frankreich sich eindeutig dagegen aussprach, sondern auch aufgrund eigener wirtschaftlicher und politischer Interessen. Zudem wurde bereits in den ersten Verhandlungsrunden deutlich, dass ein nicht abgestimmtes Auftreten gegenüber den Vertretern der Saar die Kompetenzstreitigkeiten zwischen den beteiligten bundesdeutschen Ministerien verstärken konnte. Insbesondere das Auswärtige Amt unter Heinrich von Brentano versuchte – unter Verteidigung seiner federführenden Stellung –, die Einflussmöglichkeiten der saarländischen Seite so weit als möglich zu beschneiden. Ein allzu energisches Auftreten der Saar-Regierung könne, so lautete die unverhohlene Drohung, sofort mit dem Vorwurf eines neuen Separatismus delegitimiert werden. Andererseits bestand ein Hauptziel der Bundesregierung darin, die neu gewählte Landesregierung innenpolitisch zu stabilisieren. Daher wurde nach außen hin großer Wert darauf gelegt, dass alle Maßnahmen und Äußerungen der bundesdeutschen Verhandlungsdelegation eng mit den Vertretern der Saar abgestimmt waren. Da über die rechtliche Abwicklung der Eingliederung bis Mitte 1956 keine Einigkeit bestand und die Notwendigkeit einer verfassungsändernden Mehrheit im saarländischen Landtag nicht ausgeschlossen werden konnte, schien eine allzu einseitige Anlehnung an die saarländische Heimatbund-Regierung jedoch ebenfalls problematisch. So drängte man die Regierung Hubert Neys, insbesondere die CVP nicht ganz vom Fortgang der Verhandlungen auszuschließen und die immerhin noch drittstärkste politische Kraft im Saarland durch eine gezielte Informationspolitik von einer prinzipiellen Ablehnung der Eingliederung abzuhalten.